

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Wie kann Integration gelingen?*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)



## 3.11 Wie kann Integration gelingen?

Wolfgang Sinz

### Lernziele:

Die Schüler sollen

- sich mit dem deutschen Staatsbürgerschaftsrecht vertraut machen,
- das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht mit dem Staatsbürgerschaftsrecht anderer Staaten vergleichen,
- sich mit den Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Zuwanderern kritisch auseinandersetzen,
- erkennen, dass in Deutschland ein hoher Prozentsatz der Bürger bereits heute einen Migrationshintergrund besitzt,
- die Debatte um qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland nachvollziehen können,
- sich mit verschiedenen Ansätzen der Migrationsforschung auseinandersetzen,
- verstehen, dass nicht erst seit Sarrazins Thesen die Frage der Integration in Deutschland kontrovers diskutiert wird,
- sich mit dem Streit um die Thesen Sarrazins auseinandersetzen und Stellung beziehen können,
- die Bandbreite der Stellungnahmen auf Sarrazins Thesen erfassen,
- am Beispiel der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln nachvollziehen können, was sich durch gezielte Integrationspolitik verbessern lässt,
- sich mit den Lösungsvorschlägen der im Bundestag vertretenen Parteien kritisch auseinandersetzen,
- sich über Projekte zur besseren Integration von Migranten in Deutschland informieren,
- sich mit den Forderungen verschiedener Interessenvertreter zur Verbesserung der Integration ausländischer Mitbürger in Deutschland beschäftigen,
- die gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) der Europäischen Union für Zuwanderung nach Europa kennenlernen,
- die Bedeutung der Sprache für eine gelingende Integration diskutieren.

Didaktisch-methodischer Ablauf	Inhalte und Materialien (M)
<p><b>I. Das Staatsbürgerschaftsrecht im Vergleich</b></p> <p>Anhand einer Übersicht über das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht erarbeiten die Schüler die Grundlagen der deutschen Staatsbürgerschaft und die Voraussetzungen für ihre Erlangung. Im Anschluss recherchieren die Schüler die staatsbürgerrechtlichen Grundlagen in anderen Ländern.</p>	<p>→ <b>Die deutsche Staatsbürgerschaft und ihre Entwicklung/M1a bis d (Tabelle)</b></p> <p>→ <b>Lösungsvorschläge/M2 (Tabelle)</b></p>
<p><b>II. Die Integrationsforschung in Deutschland</b></p> <p>Die Impulsörter „Migranten“ und „Integration“ dienen als Einstieg in diesen zweiten Abschnitt.</p> <p>Im Anschluss daran sollen sich die Schüler mit verschiedenen Definitionen des Begriffs „Integration“ auseinandersetzen und eine eigene Definition verfassen.</p> <p>Eine Statistik verdeutlicht, dass bereits heute ein Fünftel aller Bundesbürger einen Migrationshintergrund aufweisen.</p>	<p>→ <b>Buchstaben-Impuls/M3 und M4 (Arbeitsblätter)</b></p> <p>→ <b>Ausgewählte Definitionen des Begriffs „Integration“/M5 (Auflistung)</b></p> <p>→ <b>Migrationshintergrund von in Deutschland lebenden Menschen/M6 (Statistik)</b></p>

<p>Schon Anfang 2009 veröffentlichte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung unter dem Titel „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ eine umfassende Studie über die Integration von verschiedenen Migrantengruppen.</p> <p>Abschließend sollen Ziele und Integrationsverständnis von sechs verschiedenen Monitorings miteinander verglichen werden.</p>	<p>→ <b>Integrationsleistung nach Herkunft/M7 (Statistik)</b></p> <p>→ <b>Einwanderung. Für immer fremd/M8a bis c (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Lösungsvorschläge/M9 (Tafelanschrieb)</b></p> <p>→ <b>Ziel und Integrationsverständnis ausgewählter Monitorings/M10 (Tabelle)</b></p>
<p><b>III. Der Streit um die Thesen Thilo Sarrazins</b></p> <p>„Alle gegen Sarrazin!“ – Ein Titelblatt der Bild-Zeitung und Angaben zu Sarrazins Biografie fordern zum Gedankenaustausch über die Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators heraus.</p> <p>Vier seiner umstrittenen Thesen sollen im Klassenplenum diskutiert und die Ergebnisse danach mit einer Analyse des „Berliner Tagesspiegel“ verglichen werden.</p> <p>Links zu ausgewählten Zeitungsartikeln liefern Materialien für die Ausarbeitung von weiterführenden Referaten.</p> <p>Eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2009 zeigt die Bedeutung der sozialen Schicht sowie des Integrationsgrades für die Chancengleichheit von Bürgern mit Migrationshintergrund.</p> <p>Der ehemalige regierende Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), und der Journalist Arno Widmann (Frankfurter Rundschau) sollen stellvertretend für die Bandbreite der Reaktionen auf Sarrazins Thesen stehen.</p>	<p>→ <b>„Alle gegen Sarrazin!“/M11 (Folienvorlage)</b></p> <p>→ <b>Zur Person: Thilo Sarrazin/M12 (biografische Daten)</b></p> <p>→ <b>Sarrazins Thesen/M13 (Tabelle)</b></p> <p>→ <b>Thilo Sarrazins Thesen im Faktencheck/M14a und b (Tabelle)</b></p> <p>→ <b>Weiterführende Informationen zu den Thesen Sarrazins/M15 (Linkliste)</b></p> <p>→ <b>Faktoren bei der Wahrnehmung der Chancengleichheit/M16a (Statistik)</b></p> <p>→ <b>Klaus von Dohnanyi zur Sarrazin-Debatte. Feigheit vor dem Wort/M16a und b (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Sarrazin, der Brandstifter/M17 (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Lösungsvorschläge/M18 (Statistikanalyse) und M19 (Tafelanschrieb)</b></p>
<p><b>IV. Das Beispiel Neukölln</b></p> <p>Der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), mahnt schon seit Jahren eine bessere Integrationspolitik an. In seinem Bezirk liegt die 2006 in die Schlagzeilen geratene Rütli-Schule.</p> <p>Zwischen dem Hilferuf 2006 und 2010 hat sich an dieser Schule vieles zum Positiven gewendet. Die Schüler können diesen Wandel mithilfe zweier Zeitungsartikel erarbeiten.</p> <p>Der Vergleich der beiden Artikel soll auch zur Diskussion herausfordern: Kann diese Schule als Modell für eine veränderte Integrationspolitik dienen?</p>	<p>→ <b>Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky ist der Berliner des Jahres/M20 (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Notruf der Rütli-Schule/M21a und b (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Rütli-Schule: Wie neu erfunden/M22 (Zeitungsartikel)</b></p>

<p><b>V. Ansätze einer neuen Integrationspolitik</b></p> <p>Eine Internetrecherche auf den Seiten der im Bundestag vertretenen Parteien soll die Bandbreite der verschiedenen Ansätze für eine gelingende Integration von Migranten verdeutlichen.</p> <p>Der Jugendwettbewerb „Respekt 2010“ zeigt, wie kreativ Jugendliche mit dem Thema „Integration“ umgehen können.</p> <p>Die zehn besten Raps zum Thema „Toleranz und Integration in Deutschland“ können im Internet angehört werden.</p> <p>Weitere Integrationsprojekte aus allen Bundesländern verzeichnet das Projekthandbuch 2009 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Schüler können mithilfe dieses Handbuchs Projekte aus ihrer Gegend recherchieren und im Klassenplenum vorstellen.</p>	<p>→ <b>Die Haltung der Bundestagsparteien zur Integration von Migranten/M23 (Arbeitsblatt)</b></p> <p>→ <b>Lösungsvorschläge/M24a und b (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Respekt 2010. Der beste Rap für gelingende Integration/M25 (Arbeitsblatt)</b></p> <p>→ <b>Die Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge/M26 (Arbeitsblatt)</b></p>
<p><b>VI. Forderungen an eine neue Integrationspolitik</b></p> <p>Mit der Forderung nach Einrichtung eines Einwanderungsministeriums trat der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kolat, an die Öffentlichkeit.</p> <p>Die Integrationsexpertin Necla Kelek fordert eine Migrantenquote für Betriebe in Deutschland. Auch die Forderung nach der doppelten Staatsangehörigkeit wird immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert.</p> <p>In der Diskussion um eine bessere Integration von Migranten in Deutschland wird zudem immer wieder auf die Bedeutung der Sprachkompetenz verwiesen. 2010 mahnte der türkische Europaminister Bagis seine Landsleute, die deutsche Sprache zu erlernen und die Bedeutung der Bildung für den beruflichen Erfolg zu erkennen.</p> <p>Eine Allensbach-Umfrage unter Migranten zeigt, dass die deutsche Sprache mit Abstand als die wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz von Menschen mit Migrationshintergrund angesehen wird.</p> <p>Allerdings gibt es gerade beim Medienkonsum deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen.</p> <p>In letzter Zeit wurde schließlich die Frage kontrovers diskutiert, ob anonyme Bewerbungen hilfreich für eine bessere Integration von Migranten in Wirtschaft und Gesellschaft sein könnten.</p> <p>Abschließend werden noch die Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) für eine Zuwanderungspolitik der EU dargestellt.</p>	<p>→ <b>Türkische Gemeinde will Einwanderungsministerium/M27 (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Necla Kelek fordert „Migrantenquote“ für Betriebe/M28 (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Türkische Gemeinde fordert jetzt den Doppelpass/M28 (Zeitungsartikel)</b></p> <p>→ <b>Integration – Türkischer Minister rüffelt Landsleute in Deutschland/M29</b></p> <p>→ <b>Voraussetzungen für die Akzeptanz aus Sicht der Zuwanderer/M29 (Statistik)</b></p> <p>→ <b>Sprache und Fernsehkonsum nach Nationalität/M30 (Arbeitsblatt)</b></p> <p>→ <b>Pilotstudie zu anonymen Bewerbungen/M31 (Text)</b></p> <p>→ <b>Gemeinsame Grundprinzipien (GGP) für eine Zuwanderungspolitik der EU/M32a und b (Karikatur/Text)</b></p>

**Tipp:**

- ! • Ates, Seyran: Der Multikulti-Irrtum: Wie wir in Deutschland besser zusammen leben können, Ullstein Verlag, Berlin 2008
- Di Croce, Bernardino, Manfred Budzinski und der Verein Migration & Integration in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.): (Nicht) Auf Augenhöhe? Erfahrungen und Lebensgeschichten zum Thema Migration und Zweiter Generation in Deutschland, von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2009
- Heisig, Kirsten: Das Ende der Geduld: Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter, Herder Verlag, Freiburg 2010
- Hentges, Gudrun, Volker Hinnenkamp und Almut Zwengel (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion. Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010
- Hunner-Kreisel, Christine und Sabine Andresen (Hrsg.): Kindheit und Jugend in muslimischen Lebenswelten. Aufwachsen und Bildung in deutscher und internationaler Perspektive, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010
- Kalter, Frank: Migration und Integration, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008
- Knauer, Sabine: Integration. Inklusive Konzepte für Schule und Unterricht, Beltz Verlag, Weinheim 2008
- Kösters, Winfried: Weniger, bunter, älter. Den demographischen Wandel aktiv gestalten, 2. komplett aktualisierte Auflage, Olzog Verlag, München 2011, ISBN 978-3-7892-8359-8
- Nohl, Arnd-Michael, Karin Schittenhelm, Oliver Schmidtke, Anja Weiß (Hrsg.): Kulturelles Kapital in der Migration. Hochqualifizierte Einwanderer und Einwanderinnen auf dem Arbeitsmarkt, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010
- Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, Deutsche Verlags Union, München 2010
- Schwarzer, Alice: Die große Verschleierung: Für Integration, gegen Islamismus, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010

**Internetlinks:**

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration:  
<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html>
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung:  
<http://www.berlin-institut.org/>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:  
[http://www.bamf.de/cln\\_092/DE/Startseite/home-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bamf.de/cln_092/DE/Startseite/home-node.html?__nnn=true)
- Bundeszentrale für politische Bildung Berlin, Migration und Integration in Deutschland:  
[http://www.bpb.de/themen/L4HGLF,0,0,Migration\\_und\\_Integration\\_in\\_Deutschland.html](http://www.bpb.de/themen/L4HGLF,0,0,Migration_und_Integration_in_Deutschland.html)
- Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (Imis) an der Universität Osnabrück:  
[www.imis.uni-osnabrueck.de](http://www.imis.uni-osnabrueck.de)
- Netzwerk Integration in Europa:  
<http://www.network-migration.org/>
- Netzwerk Migration in Europa e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung Berlin:  
[http://www.migration-info.de/mi\\_impressum.php](http://www.migration-info.de/mi_impressum.php)
- Rat für Migration e.V. (RfM):  
[www.rat-fuer-migration.de](http://www.rat-fuer-migration.de)

### Anmerkungen zum Thema:

Nicht erst seitdem der ehemalige SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin im Jahr 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ veröffentlichte, ist die Frage nach einer **Verbesserung der Integration von in Deutschland lebenden Migranten** heftig umstritten.

Übersehen wird dabei fast immer, dass es „den“ Migranten nicht gibt. Die Debatte ist überschattet von **Pauschalisierungen** auf beiden Seiten. **Ca. 20 % aller in Deutschland lebender Menschen weisen schon heute einen Migrationshintergrund** auf. Die überwiegende Mehrheit von ihnen ist gut in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt integriert.

Ausgehend vom **deutschen Staatsbürgerschaftsrecht** sollen in dieser Einheit die Fragen untersucht werden, **wie Integration in Deutschland gelingen kann**, welche Forderungen für eine bessere Integration erhoben werden und welche Ansätze in dieser Hinsicht die politische Diskussion in Deutschland bestimmen.

Unumstritten ist, dass Deutschland aufgrund seiner demografischen Entwicklung künftig stärker als die meisten anderen Industriestaaten auf die **Zuwanderung qualifizierter Menschen** angewiesen sein wird. Problematisch ist dagegen, dass ein immer größerer Teil von Migranten, vor allem türkischer und arabischer Herkunft, sich nicht mehr integrieren kann und/oder eine Integration verweigert. Worin liegen die Ursachen für diese Entwicklung?

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche **Anstrengungen der deutsche Staat bzw. die deutsche Gesellschaft unternimmt**, um Migranten eine Chance zur Eingliederung zu ermöglichen.



Immer wieder weisen Forschungsergebnisse darauf hin, dass die **Sprache** eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Eingliederung darstellt. Aber auch hier zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen.

Dass sich aber selbst eine Problemschule wie die **Rütli-Schule in Berlin-Neukölln** durch geeignete Maßnahmen zu einer erfolgreichen Bildungsanstalt wandeln kann, ist zumindest ein Indiz dafür, dass von beiden Seiten – dem Staat und den Migranten selbst – sehr viel für eine erfolgreiche Integration beigetragen werden kann.

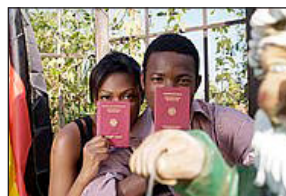
Darüber hinaus thematisiert die vorliegende Unterrichtseinheit auch weitergehende Vorschläge bzw. Forderungen, die die Schülerinnen und Schüler zur Diskussion herausfordern werden: z.B. die Einführung der **doppelten Staatsangehörigkeit** oder die Einrichtung eines **Einwanderungsministeriums**. Necla Kelek möchte eine **Quote für Migranten in Betrieben** und der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, schlug **Türkischunterricht für deutsche Kinder in Kindergärten** vor.

Schließlich ist das Thema „Integration von Ausländern“ heute nicht mehr nur ein Problem der nationalen Politik, sondern zunehmend ein Problem mit europäischen Dimensionen. Dieser Entwicklung tragen die **Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP)** für eine Zuwanderungspolitik der EU Rechnung.

## Die deutsche Staatsbürgerschaft und ihre Entwicklung



**Dt. Staatsbürger sind auch Unionsbürger.**



**Der deutsche Pass hat viele Vorteile.**

**Zuwanderungsland Deutschland:** Deutschland war bis zum Zweiten Weltkrieg (1939-1945) ein Auswanderungsland. Seither hat es sich zum Zuwanderungsland Nummer eins in Europa entwickelt. In Deutschland leben gegenwärtig ca. 82,2 Millionen Menschen. Fast jeder Zehnte von ihnen hat keinen deutschen Pass, ist also „Ausländer“ im Sinne des Grundgesetzes. Ein knappes Drittel der Migranten sind Unionsbürger, also Bürger eines Staates der Europäischen Union. Sie verfügen über mehr Rechte als Migranten, die keine Unionsbürger sind. Migranten, die aus einem Staat außerhalb der EU stammen, werden Drittstaatler genannt.

**Einbürgerung. Eine schwere Entscheidung:** In Deutschland fordert die Frage der Einbürgerung den Migrantenfamilien sehr schwierige Entscheidungen ab. In der Regel muss die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben werden. Viele befürchten Nachteile im Herkunftsland und den Verlust von Ansehen, sowohl dort als auch unter den Landsleuten hier. Sie fragen sich, ob der Status als „deutscher Staatsbürger“ vor Rassismus und Diskriminierung schützt. Auch die Bedingungen für eine Einbürgerung lassen sie zögern, insbesondere der Sprachtest, der Einbürgerungstest und die Kosten. Viele sorgen sich auch um den Zusammenhalt ihrer Familie.

**Vorteile des deutschen Passes:** Den kritischen Argumenten stehen die Vorteile des deutschen Passes gegenüber. Hierzu gehören die dauerhafte Sicherung des Aufenthalts in Deutschland, der Erwerb der vollen sozialpolitischen Rechte als deutscher Staatsbürger - einschließlich des Wahlrechts -, der konsularische Schutz im Ausland, die uneingeschränkte Berufsfreiheit und die Möglichkeit, in den Staatsdienst zu treten. Wer deutscher Staatsbürger wird, wird gleichzeitig Bürger der Europäischen Union. Damit erlangt er die Reise- und Niederlassungsfreiheit in allen Staaten der Europäischen Union (EU).

### Begriffe zur Staatsbürgerschaft

#### Deutscher ist, wer (gem. Art. 116 GG)

- die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt,
- deutsche „Volkszugehörigkeit“ besitzt.

#### Deutscher wird man

- durch Abstammung: Mindestens ein Elternteil besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit (Abstammungsprinzip: „*ius sanguinis*“).
- durch Geburtsort (Regelung seit 2000): Ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern erhält neben der Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland gelebt hat (Geburtsortsprinzip: „*ius soli*“). Dies ist verbunden mit der „Optionspflicht“.
- durch Einbürgerung.

**Doppelte Staatsangehörigkeit hat,** wer zwei Staatsangehörigkeiten besitzt (Mehrstaatigkeit). In Deutschland gilt das Prinzip der „Vermeidung der doppelten Staatsangehörigkeit“.

**Optionspflicht:** Wer die deutsche Staatsangehörigkeit über das Geburtsortsprinzip zusätzlich zu der ausländischen Staatsangehörigkeit der Eltern hat, muss sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres für die eine oder die andere entscheiden und die zweite bis zum 23. Lebensjahr aufgeben.

<b>Ausländer ist</b> , wer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt.
<b>Unionsbürger ist</b> , wer einem Mitgliedstaat der EU angehört. Unionsbürger sind gegenüber Drittstaaten privilegiert. Sie besitzen das Recht auf Freizügigkeit, das Europaparlamentwahlrecht und das kommunale Wahlrecht innerhalb der EU.
<b>Drittstaatler sind</b> Ausländer, die keinem EU-Mitgliedstaat angehören.
<b>Menschen mit Migrationshintergrund</b> ist ein Sammelbegriff für Migranten und ihre Familien, ob sie eingebürgert sind oder nicht.
<b>Staatsbürgerschaft</b>
<b>Menschenrechte und Bürgerrechte im Grundgesetz:</b> Alle Staatsbürger der Bundesrepublik haben die gleichen Rechte und Pflichten. Der Artikel 20 des Grundgesetzes (GG) bestimmt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Der erste Abschnitt des Grundgesetzes, „Die Grundrechte“, enthält die wichtigsten Werte von Demokratie und Rechtsstaat, auf die sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat. Es werden Menschen- und Bürgerrechte unterschieden.
<p><b>Die Menschenrechte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 1 GG: Schutz der Menschenwürde</li> <li>• Art. 2 GG: Recht auf Persönlichkeitsentfaltung und Recht auf Leben</li> <li>• Art. 3 GG: Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie Diskriminierungsverbot</li> <li>• Art. 4 GG: Glaubensfreiheit</li> <li>• Art. 5 GG: Meinungs- und Pressefreiheit</li> <li>• Art. 6 GG: Schutz von Ehe und Familie</li> <li>• Art. 9, Abs. 3 GG: Koalitionsfreiheit</li> <li>• Art. 14 GG: Schutz des Eigentums</li> </ul>
<p><b>Die Bürgerrechte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 4, Abs. 3 GG: Recht auf Kriegsdienstverweigerung</li> <li>• Art. 8 GG: Versammlungsfreiheit</li> <li>• Art. 9 GG: Vereinsfreiheit</li> <li>• Art. 11 GG: Recht auf Freizügigkeit</li> <li>• Art. 12 GG: Berufsfreiheit</li> <li>• Art. 16 GG: Auslieferungsverbot</li> <li>• Art. 21 GG: Parteienfreiheit</li> <li>• Art. 38 GG: Recht auf Zugang zum öffentlichen Dienst und das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentwahlen</li> </ul>
<p><b>Gültigkeit:</b></p> <p>Die Menschenrechte sind universell gültig und stehen allen Menschen in Deutschland unabhängig von ihrer Nationalität oder Herkunft zu. Die Bürgerrechte sind deutschen Staatsbürgern vorbehalten. Allerdings gelten die meisten Bürgerrechte aufgrund von Gesetzen oder internationalen Verträgen und Abkommen auch für Menschen anderer Staatsangehörigkeit. Oft sind für sie aber die gesetzlichen Voraussetzungen bei der Inanspruchnahme dieser Rechte strenger. Daher ist es bisweilen schwieriger, die Rechte durchzusetzen. Der Zugang zum öffentlichen Dienst setzt in der Regel die deutsche Staatsbürgerschaft voraus. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Beamten, wie zum Beispiel für Richter und Lehrkräfte. Menschen, die keine Nationalität eines Mitgliedstaates der Europäischen Union haben, sind vom Wahlrecht grundsätzlich ausgeschlossen.</p>



# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Wie kann Integration gelingen?*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)

